

## KATA LOGO Media Watch

Medien	Person	Rolle	Zweifelhafte Aktionen der Medien
	Boris Palmer	Oberbürgermeister der Stadt Tübingen	"Seien wir mal ehrlich, Medien sind Herdentiere. Wenn du beim einen eingeladen wirst, bist du auch beim anderen auf der Liste."
Deutsche Staatsmedien			In Deutschland leben viele Menschen mit türkischen Wurzeln, von denen viele nur staatliche türkische Medien und Erzählungen konsumieren. Ebenso leben in Deutschland viele Menschen mit deutschen Wurzeln, von denen viele nur staatliche deutsche Medien und Erzählungen konsumieren. Zu diesen staatlichen Medien gehören Tagesschau, heute journal, SWR, BR, RBB, MDR und NDR.
Weltweite Leitmedien		Keine Berichterstattung über wesentliches Versagen des Staates bei Panama Papers	Panama-Papers Whistleblower John Doe im Mai 2016: "Die Medien haben versagt. Viele Nachrichtensender sind karikaturhafte Parodien ihres früheren Selbst, einzelne Milliardäre scheinen den Besitz von Zeitungen zu ihrem Hobby gemacht zu haben, wodurch die Berichterstattung über ernste Angelegenheiten, die die Reichen betreffen, eingeschränkt wird, und seriösen investigativen Journalisten fehlt das Geld. Die Auswirkungen sind real: Neben der Süddeutschen Zeitung und dem ICIJ haben mehrere große Medien trotz gegenteiliger Behauptungen Redakteure Dokumente aus den Panama Papers prüfen lassen. Sie haben sich entschieden, nicht über sie zu berichten. Die traurige Wahrheit ist, dass unter den bekanntesten und fähigsten Medienorganisationen der Welt keine einzige daran interessiert war, über diese Geschichte zu berichten. Selbst Wikileaks antwortete wiederholt nicht auf seine Tipp-Hotline."

diverse	Peter Scholl-Latour	TOP-Journalist	Zitat: Wir leben in einem Zeitalter der Massenverblödung, besonders der medialen Massenverblödung." Peter Scholl-Latour kritisiert, wie die großen Medien die Menschen massenhaft verblöden, indem sie große Teile der Wahrheit aus der geframten Geschichte wegschneiden. Peter Scholl-Latour bezieht sich in seiner Aussage vor allem auf die Informationen, die große Massenmedien den Menschen zum Ukrainekrieg erzählen.
Deutsche Leitmedien		Ablenkende Berichterstattung über US-Amerikanische Innenpolitik	Wenige Monate vor den deutschen Bundestagswahlen am 24.09.2017 lenken die deutschen Leitmedien von den eigenen innerdeutschen Problemen ab. Mit ellenlangen Beiträgen über die Innenpolitik des neuen US-Präsidenten Donald Trump sind im Februar 2017 absolut überrepräsentiert. Auffälligerweise berichten die Leitmedien derzeit wenig über Israel.
Deutsche Leitmedien		Framing gegen ein Menschenrecht	1893 wurde in Neuseeland das Wahlrecht für Frauen etabliert. Dass es in Deutschland erst sehr viel später kam, lag an hartnäckigen Politikern und an einer konservativen öffentlichen Meinung. Vor allem aber bestärkten auch bösartige Medienkampagnen in Deutschland das Gefühl, Frauen kein Wahlrecht einzuräumen.
Deutsche Leitmedien			Die Leitmeiden bedienen ihr eigenes Bild von der Wahrheit. Sahra Wagenknecht berichtet, die Medien nerven, weil sie 2016 ständig gefragt hätten, ob diese oder jene These ihrer Partei eine AfD-Position sei. Wagenknecht: "Das würde man die CDU nie fragen. Wenn die AfD die Vermögenssteuer ablehnt, würde man den CDU-Generalsekretär Peter Tauber trotzdem nicht fragen: Ist Ihre Position zur Vermögenssteuer AfD-nah? Bei uns hat man das ständig gemacht."
Deutsche Leitmedien		Effekthascherei durch gequantelte Informationen.	Warum ist das Thema NSA bei den Nachrichten gerade out?

Deutsche Leitmedien		Diese Sprachregelung war ein politisches Werk.	Zur Gruppe Baader Meinhof trafen sich laut Journalist Ulf G. Stuberger die Vertreter der größten deutschen Leitmedien in einer Geheimkonferenz, um die Baader-Meinhof-Gruppe zur Baader-Meinhof-Bande zu machen und mit dieser Sprachregelung zu berichten.
Deutsche Leitmedien			Themen aus Israel sind absolut überrepräsentiert. Nur ein Beweis: Das Leid und die Anzahl der Toten derzeit in Afrika aufgrund der klimatisch bedingten Trockenheit sind erheblich höher als in Israel.
Schweizer Leitmedien			Der Schweizer Geheimdienst NDB ist stark vernetzt mit der eidgenössischen Medienlandschaft. Daher stellt die Schweizer Presse den systematischen Abbau von Grundrechten gerne als Sicherheitsgewinn dar.
Zeitungen			

<b>Allgemeine Zeitung (AZ) Mainz</b>	<b>Michael Erfurth</b>	<b>Redakteur</b>	<p>Als Verkehrsdezernentin Katrin Eder (Bündnis90/Die Grünen) und der Vorstand der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) der Ortsvorsteherin Sabine Flegel (CDU) diktieren, Flegel dürfe eine kritische Bürgeranfrage in Bezug zur MVG-Kostenrechnung und dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) nicht ins Protokoll der Ortsbeiratssitzung nehmen, verharmlost die AZ „... Flegel sei nicht bereit gewesen, diesen Sachverhalt ins Protokoll der Sitzung aufzunehmen...“.</p> <p>Tatsächlich verschweigt die Zeitung den eigentlichen Skandal, wie sich die Politikerin Flegel von der Wirtschaft (MVG) ins Heft diktieren lässt. Denn Flegel ist Aufsichtsratsmitglied der MVG und wird von dieser Gesellschaft für ihre Tätigkeit bezahlt. Redakteur Michael Erfurth hätte schildern müssen, wie der Spagat zwischen Politikmandat und Wirtschaftsmandat zu Ungunsten der Bürger ausgeht. Der Landesdatenschutzbeauftragte hatte sich noch eingeschaltet, aber Politik und Medien hielten still. Diese Mainzer Verflechtungen von Politik (Flegel), etablierter Presse (AZ), Exekutive (Verkehrsdezernat der Stadt) und ausgelagerter Gesellschaft (MVG) führten in Mainz zur Wortbildung „Handkäsmafia“.</p> <p>Unter anderem durch solch eine miserable Pressearbeit gelingt es Politikern wie Katrin Eder, sich zu höheren Posten emporzuschwingen. Im Jahre 2021 wurde die rheinland-pfälzische Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität.</p>
<b>Allgemeine Zeitung (AZ) Mainz</b>		<b>Vor den Bundestagswahlen leistet die AZ der FDP unangemessene Wahlhilfe</b>	<p>Im Gegensatz zum Konkurrenten Rheinzeitung übertreibt die AZ die angebliche Unterstützung der FDP durch Bürgerinnen und Bürger. Den Link zum Beitrag hat die AZ mittlerweile nur für Abonnenten freigeschaltet. Der Link lautet: <a href="http://www.allgemeine-zeitung.de/nachrichten/politik/rheinland-pfalz/13378611.htm">http://www.allgemeine-zeitung.de/nachrichten/politik/rheinland-pfalz/13378611.htm</a></p>

Bayernkurier			Weigert sich, eine Anzeige von <i>campact</i> zu akzeptieren, in der die NGO die Bürger in Kenntnis setzen möchte, dass ihr bayerischer Agrarminister Schmidt die Bienen tötenden Neonikotinoide per Gesetz wieder erlauben will. Der Bayernkurier wird von der CSU als monatlich erscheinendes konservatives Politik-Magazin herausgegeben.
BILD Zeitung	Mathias Döpfner	Vorsitzender und CEO Axel Springer AG	Döpfner nimmt regelmäßig an den hochgeheimen Bilderberger Konferenzen teil (2005 bis 2007). Der Mann weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.
<a href="#">BILD Zeitung</a>			Die Zeitung <i>Junge Freiheit</i> entlarvt die denunzierende Fake-News-Berichterstattung von <i>SpiegelBildWeltZeitTagesschauFAZ</i> .
BILD Zeitung	<a href="#">Kai Diekmann</a>	Gesamtherausgeber der Bild-Gruppe	Laut der kritischen ZDF-Journalisten Max Uthoff und Claus von Wagner besitzt Diekmann beste Kontakte zu Rüstungslobby-Organisationen entweder als Beirat, Mitglied oder gar Vorstand. Diekmann sei nicht nur verknüpft mit einem oder mehreren der folgenden Rüstungskonglomerate: Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), The Aspen Institute, American Council on Germany, American Institute for Contemporary German Studies der John Hopkins Universität, Deutsche Atlantische Gesellschaft, The American Academy in Berlin, The German Marshall Fund of the United States, Atlantik Brücke, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Atlantische Initiative und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Sondern Diekmann sitzt sogar im Vorstand des Rüstungslobbyisten Atlantik Brücke. Uthoff und von Wagner geben zu, dass ihre eigene Stellung als sekundäre Journalisten (wegen einer Sendezeit gegen 23Uhr) nicht ausreiche Mitglied dieser Organisationen zu sein.

BILD Zeitung	Kai Diekmann	Gesamtherausgeber der Bild-Gruppe	Der alte Chef der Bildzeitung, Diekmann, gibt unvermittelt zu, er und seine Redaktion habe einer gewissen Partei (der AfD) den Kampf angesagt. In derselben Diskussion kritisiert die Parteivorsitzende der AfD, Frauke Petry, ein politischer Aktivismus habe nichts mit gutem Journalismus zu tun: "Das ist das große Manko, nicht nur des deutschen Journalismus, sondern des Journalismus allgemein in der westlichen Welt: Dass viel zu viele Journalisten ihre eigene politische Verortung - die ich jedem zugestehe - auf ihren Beruf übertragen, dass sie Kommentar und Bericht nicht mehr trennen können."
BILD Zeitung	Julian Reichelt	Neuer Chef der Bildzeitung	Reichelt gibt unvermittelt zu, sein Verlag Springer vertrete den Unternehmensgrundsatz, dass man sich gegen jegliche Form des politischen Totalitarismus wende. Es sei kein Geheimnis, das stehe in jedem Arbeitsvertrag und auf deren Website. BILD erhält massive Kritik, nicht seine Pflicht zu erfüllen, die ganze Bandbreite der politischen und gesellschaftlichen Meinung abzubilden.
<a href="#">Der Spiegel</a>			Dem SPIEGEL den Spiegel vorhalten: Die Zeitung <i>Junge Freiheit</i> entlarvt die denunzierende Fake-News-Berichterstattung von <i>SpiegelBildWeltZeitTagesschauFAZ</i> .
Der Spiegel			Dem SPIEGEL den Spiegel vorhalten: Selbst <i>Der Spiegel</i> gerät laut der Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft "unweigerlich in einen Systemwirbel der Elitenkommunikation". Laut dem Wissenschaftler Uwe Krüger sind die leitenden Redakteure durch Stiftungen, Think Tanks, Policy Discussion Groups und nicht-öffentliche Konferenzen zu eng mit Politik- und Wirtschaftseliten verbunden.

<b>Die Rheinpfalz</b>	<a href="#">Rolf Gauweiler</a>	<b>Vize Chefredakteur Rheinpfalz Landau</b>	Nach den autokratischen Zensurmaßnahmen an der Universität Landau gegen Studentenvertreter bittet Gauweiler zum Interview und lässt die Studentenvertreter wissen, dass die Rheinpfalz durchaus in der Stadt ein politischer Player sei. Das merkt man spätestens daran, dass die Rheinpfalz – trotz seiner vier DIN A4-Seiten Interview-Notizen – die Meldung nicht abdruckt. Durch Vernebelung macht man in der Tat Politik.
<a href="#">DIE WELT</a>			Die Zeitung <i>Junge Freiheit</i> entlarvt die denunzierende Fake-News-Berichterstattung von <i>SpiegelBildWeltZeitTagesschauFAZ</i> .
<b>DIE WELT</b>	<b>Michael Stürmer</b>	<b>Chefkorrespondent seit 1998 (vorher FAZ und NZZ)  (auch Beiträge im Deutschlandfunk und im Deutschlandradio Kultur)</b>	Stürmer hatte als tonangebender Redakteur enge Verbindungen zur Atlantik-Brücke, zur Atlantischen Initiative, Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Trilateralen Kommission, Münchner Sicherheitskonferenz, Deutschen Atlantischen Gesellschaft, zum American Council on Germany, American Institute for Contemporary German Studies (Quelle Netzwerkanalyse der Universität Leipzig, Dr. Uwe Krüger). Stürmer berichtete laut Krüger Eliten-nah, und wies Schnittmengen zu drei anderen hier aufgeführten Chefredakteuren. Alle vier Journalisten gingen explizit auf den Begriff Sicherheit ein und sagten, dass er breiter geworden ist bzw. breiter gesehen werden muss. Laut Krüger erwähnten alle vier einen Katalog von Bedrohungen, denen wir vermeintlich ausgesetzt sind, und dieser Katalog kommt ähnlich in den offiziellen Dokumenten und Doktrinen von Bundesregierung, EU, NATO und den USA vor. Alle vier Journalisten mahnten laut Krüger die deutsche Regierung zu mehr militärischem Engagement in der NATO und zur Pflege der Partnerschaft mit den USA. Zur Durchsetzung dieser Politik empfahlen sie "verstärkte Überzeugungskraft am skeptischen Wahlvolk".

<b>DIE ZEIT</b>	<b>Christoph Bertram</b>	<b>Diplomatischer Korrespondent für DIE ZEIT, später Director Foundation Science and Policy</b>	Bertram nimmt regelmäßig an den hochgeheimen Bilderberger Konferenzen teil. Für DIE ZEIT 1993, 1994, 1995 und 1996. Als Director Foundation Science and Policy 1998. Der Mann weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.
<b>DIE ZEIT</b>	<b>Matthias Nass</b>	<b>Deputy Editor</b>	Nass nimmt regelmäßig (1997 bis 2001, 2003 bis 2007) an den hochgeheimen Bilderberger Konferenzen teil. Der Mann weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.
<b>DIE ZEIT</b>	<b>Werner Perger</b>	<b>Politischer Korrespondent</b>	Perger nahm 1999 an der hochgeheimen Bilderberger Konferenz teil. Der Mann weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.
<b>DIE ZEIT</b>	<b>Theo Sommer</b>	<b>Editor-in-Chief</b>	Sommer nahm 1993 an der hochgeheimen Bilderberger Konferenz teil. Der Mann weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.



DIE ZEIT	<a href="#">Daniel Erk</a>	Redakteur von ZEIT ONLINE	<p>Erk will Halbwahrheiten sanktionieren, obwohl ausgerechnet sein Mainstream-Arbeitgeber DIE ZEIT andauernd ebensolche Halbwahrheiten produziert. Wer jemals eine akademische Arbeit verfasst hat, weiß wie viel Informationen geschrieben werden müssen, um alle Aspekte eines Themas abzubilden. Das Abbilden aller Aspekte entspräche der "gesamten Wahrheit", aber selbst dies kann niemandem gelingen. Zwangsläufig unterliegt jedwede Berichterstattung einer enormen Subjektivität.</p> <p>Erk tut auf Twitter aber so, als ob es die "gesamte Wahrheit" gibt, indem er Halbwahrheiten sanktionieren will. <i>analogo.de</i> meint: Dies ist ein totalitärer Ansatz, der das Presserecht unterminiert.</p> <p>Wenn Erk hier aber als prominenter Vertreter der etablierten Mainstream-Presse diesen totalitären Ansatz fordert, will die Zeitung offensichtlich suggerieren, nur sie schildere die "wahren Nachrichten". Ein Szenario aus Lügenpresse 2.0, wo sich die klassischen Gatekeeper der Leitmedienpresse mit dem totalitären Ansatz des Staates verbinden, in der alleinig Schilderungen und Auslegungen von Staat und Leitmedium zählen.</p> <p><i>analogo.de</i> hat die Aussage Erks auf Twitter als Screenshot vorliegen.</p>
----------	----------------------------	---------------------------	---

DIE ZEIT	<a href="#">Jochen Bittner</a>	Tonangebender Redakteur	<p>Laut der kritischen ZDF-Journalisten Max Uthoff und Claus von Wagner besitzt Bittner hat als tonangebender Redakteur enge Verbindungen zu Rüstungslobby-Organisationen. Bittner gab vor Gericht zu er nehme (nicht als Journalist, sondern als „Gast“) an Konferenzen von Teilen dieser Organisationen teil:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) The Aspen Institute</li> <li>b) American Council on Germany</li> <li>c) American Institute for Contemporary German Studies der John Hopkins Universität</li> <li>d) Deutsche Atlantische Gesellschaft</li> <li>e) The American Academy in Berlin</li> <li>f) Atlantik Brücke</li> <li>g) Atlantische Initiative</li> <li>h) Bundesakademie für Sicherheitspolitik</li> <li>i) Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)</li> <li>j) Münchner Sicherheitskonferenz (MSC)</li> <li>k) The German Marshall Fund of the United States (Brussels Forum)</li> </ul> <p>Uthoff und von Wagner geben zu, dass ihre eigene Stellung als sekundäre Journalisten (wegen einer Sendezeit gegen 23Uhr) nicht ausreiche Mitglied dieser Organisationen zu sein.</p>
<a href="#">DIE ZEIT</a>			<p>Die Zeitung <i>Junge Freiheit</i> entlarvt die denunzierende Fake-News-Berichterstattung von <i>SpiegelBildWeltZeitTagesschauFAZ</i>.</p>

<b>DIE ZEIT</b>	<a href="#">Jochen Bittner</a>	<b>Mitherausgeber</b>	<p>Bittner erarbeitete als "assoziiertes Mitglied" der Rüstungslobby-Organisation The German Marshall Fund of the United States ein Rüstungs-Strategiepapier, welches in wesentlichen Zügen als Vorlage einer Rede für Bundespräsident Gauck auf der Münchner Sicherheitskonferenz diente. Gauck kündigte zur großen Überraschung einer konsternierten Öffentlichkeit mehr Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland an. Kaum hatte Gauck seine Rede gehalten, berichtete Bittner in der Ausgabe der ZEIT positiv über die Rede und die Inhalte. Kein Wunder, Bittner hatte das Strategiepapier selber mitgeschrieben. Obwohl die ZEIT eigentlich die Politiker und Rüstungs-Lobbyorganisationen kritisieren sollte, machen sie sich zum Kumpanen und bringen die Propaganda mittels ihrer Reichweite als größte Wochenzeitung Deutschlands unter die Leute. Die ZEIT versuchte die Aussagen der enthüllenden ZDF-Journalisten Max Uthoff und Claus von Wagner per Einstweiliger Verfügung zu stoppen, scheiterte aber daran.</p>
-----------------	--------------------------------	-----------------------	---

<b>DIE ZEIT</b>	<a href="#"><u>Josef Joffe</u></a>	<b>Mitherausgeber</b>	<p>Laut der kritischen ZDF-Journalisten Max Uthoff und Claus von Wagner besitzt Joffe enge Verbindungen zu den Rüstungslobby-Organisationen. Joffe gab vor Gericht zu er nehme (nicht als Journalist, sondern als „Gast“) an Konferenzen von Teilen dieser Organisationen teil:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) The Aspen Institute</li> <li>b) American Council on Germany</li> <li>c) American Institute for Contemporary German Studies der John Hopkins Universität</li> <li>d) Deutsche Atlantische Gesellschaft</li> <li>e) The American Academy in Berlin</li> <li>f) Atlantik Brücke</li> <li>g) Atlantische Initiative</li> <li>h) Bundesakademie für Sicherheitspolitik</li> <li>i) Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)</li> <li>j) Münchner Sicherheitskonferenz (MSC)</li> <li>k) The German Marshall Fund of the United States</li> </ul> <p>Sein Redakteur Bittner (siehe oben) manipulierte die öffentliche Meinung zur Rüstungspolitik. Uthoff und von Wagner geben zu, dass ihre eigene Stellung als sekundäre Journalisten (wegen einer Sendezeit gegen 23Uhr) nicht ausreiche Mitglied dieser Organisationen zu sein.</p>
-----------------	------------------------------------	-----------------------	--

<b>DIE ZEIT</b>	<a href="#"><u>Josef Joffe</u></a>	<b>Mitherausgeber</b>	Laut der Netzwerkanalyse der Universität Leipzig, Dr. Uwe Krüger berichtet Joffe Eliten-nah, und weist Schnittmengen zu drei anderen hier aufgeführten Chefredakteuren auf. Alle vier Journalisten gingen explizit auf den Begriff Sicherheit ein und sagten, dass er breiter geworden ist bzw. breiter gesehen werden muss. Laut Krüger erwähnten alle vier einen Katalog von Bedrohungen, denen wir vermeintlich ausgesetzt sind, und dieser Katalog kommt ähnlich in den offiziellen Dokumenten und Doktrinen von Bundesregierung, EU, NATO und den USA vor. Alle vier Journalisten mahnten laut Krüger die deutsche Regierung zu mehr militärischem Engagement in der NATO und zur Pflege der Partnerschaft mit den USA. Zur Durchsetzung dieser Politik empfahlen sie "verstärkte Überzeugungskraft am skeptischen Wahlvolk". Vor allem Joffe verwendete explizite "Propagandatechniken".
<b>DIE ZEIT</b>	<b>Zanny Minton Beddoes</b>	<b>Mitherausgeberin</b>	Der britische Journalistin nimmt seit 2015 an den hochgeheimen Bilderberger Konferenzen teil. Die Frau weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.
<b>Economist</b>	<b>Zanny Minton Beddoes</b>	<b>Chefredakteurin</b>	Der britische Journalistin nimmt seit 2015 an den hochgeheimen Bilderberger Konferenzen teil. Die Frau weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.

<b>Financial Times</b>			<p>"Lombard Column" Kolumnist C. Gordon Tether berichtet vom langjährigen Streit mit dem Chefredakteur der Zeitung bzgl. Tethers Bericht über die hochgeheimen Bilderberger Konferenzen. Tether berichtet in seinem Buch "The banned articles of C. Gordon Tether", wie er von der FT wegen 46 Kolumnen gekündigt wurde, obwohl die Zeitung seine Kolumnen gar nicht gedruckt hatte. In Anlehnung an Bilderberger-Urgestein und Niederlande-Prinz Bernhard nannte er Artikel 30 "The Prince and the Bilderbergers".</p>
<b>Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)</b>			<p>Nach ersten Angaben wird der AfD-Chef Timo Chrupalla bei einer Wahlkampfveranstaltung tötlich mit einer Spritze angegriffen (Injektion) und er muss daraufhin ins Krankenhaus. Als ob es sich nicht einen der höchstrangigsten Oppositionschefs in Deutschland handelt, der ein paar Tage vor den Wahlen in Bayern und Hessen mutmaßlich angegriffen wurde, und obwohl man dies in einer Verdachtsberichterstattung als mutmaßlichen Mordanschlag bezeichnen müsste, schreibt die FAZ am 04.10.23 abends auf ihrer Internetseite: „Ingolstadt: AfD-Parteichef Chrupalla muss während Kundgebung ins Krankenhaus.“</p> <p>Tagsdrauf schreibt die FAZ morgens: „Ingolstadt: AfD-Parteichef Chrupalla verbringt die Nacht im Krankenhaus.“ Zu diesem Zeitpunkt war auch der FAZ klar, dass der Politiker auf der Intensivstation lag. Boris Reitschuster schildert, das wäre so, als würde man über einen Autounfall so berichten: „Mann muss während Autofahrt ins Krankenhaus. Bloß keinen Klartext, bloß nicht das Offensichtliche ansprechen: Dass es nach allem, was wir wissen, einen Anschlag gab auf den AfD-Chef."</p>
<b>Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)</b>			<p><a href="#">Der ehemalige Redakteur der FAZ durfte nicht kritisch über Bundeskanzler Helmut Kohl berichten.</a></p>

<a href="#">Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)</a>			Die Zeitung <i>Junge Freiheit</i> entlarvt die denunzierende Fake-News-Berichterstattung von <i>SpiegelBildWeltZeitTagesschauFAZ</i> .
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)	<a href="#">Günther Nonnenmacher</a>	Mitherausgeber  bis 2014	<p>Laut der kritischen ZDF-Journalisten Max Uthoff und Claus von Wagner besitzt Nonnenmacher enge Verbindungen zu Teilen dieser Rüstungslobby-Organisationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) The Aspen Institute</li> <li>b) American Council on Germany</li> <li>c) American Institute for Contemporary German Studies der John Hopkins Universität</li> <li>d) Deutsche Atlantische Gesellschaft</li> <li>e) The American Academy in Berlin</li> <li>f) Atlantik Brücke</li> <li>g) Atlantische Initiative</li> <li>h) Bundesakademie für Sicherheitspolitik</li> <li>i) Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)</li> <li>j) Münchner Sicherheitskonferenz (MSC)</li> <li>k) The German Marshall Fund of the United States</li> </ul> <p>Uthoff und von Wagner geben zu, dass ihre eigene Stellung als sekundäre Journalisten (wegen einer Sendezeit gegen 23Uhr) nicht ausreiche Mitglied dieser Organisationen zu sein.</p>

<b>Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)</b>	<a href="#">Klaus-Dieter Frankenberger</a>	<b>Ressortleiter Außenpolitik</b>  <b>seit 2001</b>	<p>Frankenberger hatte als tonangebender Redakteur enge Verbindungen zur Atlantik-Brücke, zur Atlantischen Initiative, Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Trilateralen Kommission, Münchner Sicherheitskonferenz, Deutschen Atlantischen Gesellschaft, zum American Council on Germany, American Institute for Contemporary German Studies (Quelle Netzwerkanalyse der Universität Leipzig, Dr. Uwe Krüger). Frankenberger berichtete laut Krüger Eliten-nah, und wies Schnittmengen zu drei anderen hier aufgeführten Chefredakteuren. Alle vier Journalisten gingen explizit auf den Begriff Sicherheit ein und sagten, dass er breiter geworden ist bzw. breiter gesehen werden muss. Laut Krüger erwähnten alle vier einen Katalog von Bedrohungen, denen wir vermeintlich ausgesetzt sind, und dieser Katalog kommt ähnlich in den offiziellen Dokumenten und Doktrinen von Bundesregierung, EU, NATO und den USA vor. Alle vier Journalisten mahnten laut Krüger die deutsche Regierung zu mehr militärischem Engagement in der NATO und zur Pflege der Partnerschaft mit den USA. Zur Durchsetzung dieser Politik empfahlen sie "verstärkte Überzeugungskraft am skeptischen Wahlvolk".</p>
<b>Hamburger Tageblatt</b>			<p>Anbiederung an die Nazis und Hetze. Nachdem in Cuxhaven im Juli 1933 SA-Mitglieder ein deutsch-jüdisches Paar durch die Straßen gehetzt hatten, nachdem sie ihnen Schilder umgehängt hatten (der Mann musste ein Schild mit der Aufschrift tragen: "ich nehme als Judenjunge immer nur deutsche Mädchen mit aufs Zimmer", auf dem Schild der Frau stand: "Ich bin am Ort das größte Schwein und lass mich nur mit Juden ein"), schrieb das Hamburger Tageblatt darüber, das Ganze sei "eine Rückkehr zu einem gesunden völkischen Empfinden".</p>



<a href="#"><u>Kieler Nachrichten</u></a>			Fundmentalkritik von "Über Medien". Die Kieler Nachrichten bedauern, aus einer Beziehungstat einen Amoklauf gemacht zu haben. Sensationspresse pur, die zudem noch von der Stadtverwaltung Kiel übernommen wird. Die Bevölkerung wird verängstigt, die KN hat Geld verdient. Auf die Frage von Über Medien, wie die KN auf einen möglichen Amoklauf kam, möchte die KN „keine Stellungnahme abgeben“. Weitere Kritik: Die KN als einzige Tageszeitung der Landeshauptstadt schreibt laut Über Medien, auch bei Ereignissen und Vorkommnissen, die die Bevölkerung gefährden könnten wie Bombenräumung, Straftäter auf der Flucht oder Terroranschlag, würde die KN die Texte frei verfügbar stellen. Das macht sie mit ihrer Sensationsberichterstattung aber nicht, sondern versteckt die Artikel hinter einer Bezahlschranke. Erst macht die Zeitung den Menschen Angst, die sie dann aber nicht hilft einzudämmen, indem sie die Information zur Eindämmung der Angst zurückhält.
<b>Neue Züricher Zeitung (NZZ)</b>	<b>Eric Gujer</b>	<b>Chefredakteur und Auslandschef</b>	Um das schweizerische Nachrichtendienstgesetz NDG zur Überwachung der Bürger*innen durchzusetzen, konsultierte der Schweizer Geheimdienst NDB Herrn Eric Gujer als "Strategie-Experten". Vor allem die NZZ stellt den systematischen Abbau von Grundrechten seitdem gerne als Sicherheitsgewinn dar.
<b>Politico (Axel Springer)</b>	<b>Jamil Edmond Anderlini</b>	<b>Chefredakteur von Politico Europe</b>	Der neuseeländische und in Kuwait geborene Journalist nahm 2024 auf der hochgeheimen Bilderberger Konferenz teil. Der Mann weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart. Anderlini hat eine große Chinaerfahrung - und auf der Bilderberger-Konferenz 2024 war China ein Thema.

<b>Süddeutsche Zeitung (SZ)</b>	<b>Stefan Kornelius</b>	<b>Ressortleiter Außenpolitik</b> <b>seit 2000</b>	Laut der Netzwerkanalyse der Universität Leipzig, Dr. Uwe Krüger berichtet Kornelius Eliten-nah, und weist Schnittmengen zu anderen hier aufgeführten Chefredakteuren auf. Kornelius ging explizit auf den Begriff Sicherheit ein und sagte, dass er breiter geworden ist bzw. breiter gesehen werden muss. Laut Krüger erwähnte er einen Katalog von Bedrohungen, denen wir vermeintlich ausgesetzt sind, und dieser Katalog komme ähnlich in den offiziellen Dokumenten und Doktrinen von Bundesregierung, EU, NATO und den USA vor. Kornelius mahnte laut Krüger die deutsche Regierung zu mehr militärischem Engagement in der NATO und zur Pflege der Partnerschaft mit den USA. Zur Durchsetzung dieser Politik empfahlen sie "verstärkte Überzeugungskraft am skeptischen Wahlvolk".
<b>Süddeutsche Zeitung (SZ)</b>	<a href="#"><u>Stefan Kornelius</u></a>	<b>Ressortleiter Außenpolitik</b> <b>seit 2000</b>	Laut der kritischen ZDF-Journalisten Max Uthoff und Claus von Wagner besitzt Kornelius enge Verbindungen zu Teilen dieser Rüstungslobby-Organisationen: a) The Aspen Institute b) American Council on Germany c) American Institute for Contemporary German Studies der John Hopkins Universität d) Deutsche Atlantische Gesellschaft e) The American Academy in Berlin f) Atlantik Brücke g) Atlantische Initiative h) Bundesakademie für Sicherheitspolitik i) Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) j) Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) k) The German Marshall Fund of the United States Uthoff und von Wagner geben zu, dass ihre eigene Stellung als sekundäre Journalisten (wegen einer Sendezeit gegen 23Uhr) nicht ausreiche Mitglied dieser Organisationen zu sein.

<b>Süddeutsche Zeitung (SZ)</b>	<b>Josef Joffe</b>	<b>Foreign Editor</b>	Joffe nimmt an den hochgeheimen Bilderberger Konferenzen teil. 1993 tat er dies für die SZ, 2006 für DIE ZEIT. Der Mann weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.
<b>Zeitschriften</b>			
<b>Burda Verlag</b>	<b>Hubert Burda</b>	<b>Milliardär, Medienmogul, Herausgeber</b>	Milliardär und Medienmogul Hubert Burda nimmt regelmäßig an den hochgeheimen Bilderberger Konferenzen teil. Burda gehört die Bunte, der Playboy, die Superillu oder das Netzwerkportal Xing. Burda nahm 1997, 1998, 2001, 2003, 2005, 2006 und 2007 an Bilderberger Konferenzen teil. Der Mann weiß, was kommen wird, denn auf den Bilderberger Konferenzen besprechen die Mächtigen die Zukunft. Damit es die Welt nicht erfährt, ist über die Konferenzen absolutes Stillschweigen vereinbart.

<a href="#">Forbes</a>			Anwalt Joachim Steinhöfel hat Forbes verklagt, weil die ohne Beweisführung einfach behaupteten, der Unternehmer Alisher Usmanov sei ein Strohmann für den russischen Präsidenten Putin. Der Bericht führte zu Sanktionen gegen Usmanov. Usmanovs Anwalt Steinhöfel setzte vor dem Landgericht Hamburg durch, dass das amerikanische Magazin „Forbes“ einen am 2. Februar 2022 erschienen Artikel ändern muss. Forbes wurde auch untersagt zu verbreiten, dass Usmanov "Eigentum in München, Monaco und Sardinien" besitzt. Trotz des Gerichtsurteils hat die EU Usmanov auf die Sanktionsliste gesetzt. Hier treten Medien und Politik Recht & Gesetz mafiamäßig Hand in Hand mit Füßen. Forbes hatte sich alleinig auf einen einzigen Tweet gestützt, und zwar das in Washington D.C. ansässige Atlantic Council Mitglied <a href="https://x.com/anders_aslund">https://x.com/anders_aslund</a> . Steinhöfel mahnte in ab, Åslund löschte den Tweet sofort und unterschrieb die Unterlassungserklärung 5 Stunden und 45 Minuten nach der Abmahnung (Steinhöfel im Friedrich-Interview). Trotz gelöschtem Tweet stand jener immer noch in der Sanktionsbegründung.
<b>The National</b>	<b>Mina Al Oraibi</b>	<b>Herausgeberin</b>	Die irakische Journalistin Mina Al Oraibi nimmt an den Treffen des Weltwirtschaftsforums teil.
<b>Fernsehen</b>			
<b>Alle großen Fernsehanstalten</b>			Laut Bundesverfassungsgericht sind die Rundfunkräte zu sehr mit Politikern durchsetzt. Es gibt offensichtliche Auswirkungen auf die Nachrichten und Entscheidungen der Intendanz.
<b>Alle großen Fernsehanstalten</b>			Heikle Themen werden oft erst in spät laufenden Sendungen behandelt, anstatt sie in den Nachrichten zur Hauptsendezeit zu bringen.

<b>Alle großen Fernsehanstalten</b>			Themen aus Israel sind absolut überrepräsentiert. Nur ein Beweis: Leid und Anzahl der Toten sind in Afrika, zum Beispiel aufgrund klimatisch bedingter Trockenheit, erheblich höher als in Israel.
<b>ARD und ZDF</b>			Kritische Journalisten wie Udo Ulfkotte werden nicht oder so gut wie nie in die Talkshows von ZDF und ARD eingeladen.
<b>Staatlich kontrolliertes Fernsehen</b>			Die NZZ titelt am 14.08.2023: "Und täglich grüsst der «Klimaleugner» – ARD und ZDF auf dem Weg zum Wahrheitsministerium". In Deutschland wachse seit Jahren der Unmut über den öffentlichrechtlichen Rundfunk, der betreutes Denken als objektiven Journalismus verkaufe. Obwohl die Kritik nicht mehr abebbe, sei eine ernsthafte Reform nicht in Sicht. Die Belehrung durch den öffentlichrechtlichen Rundfunk sei mittlerweile Programm. Das «Monitor»-Magazin des WDR präsentiere derzeit auf Instagram «verharmlosende Klimasprache» und liefere «Alternativbegriffe». «Klimawandel» etwa klinge nach Meinung der dortigen Redaktion zu sehr wie ein «sanfter, natürlicher Prozess» und nicht so «heftig und gefährlich und menschengemacht» wie «Klimakrise». Und «Erderwärmung» höre sich zu «angenehm und positiv» an, wie wäre es also, fragt die NZZ, mit «Erderhitzung»? Und der «Klimaleugner» sei dem «Klimaskeptiker» vorzuziehen, weil dieser (die NZZ sagt, das müsse man jetzt aber nicht verstehen), «Nachdenken» suggeriere. [...] Wenn aber das journalistische Selbstverständnis «fürsorgerisch» sei, sehe man im Medienkonsumenten, wie sich jetzt zeige, keinen mündigen Bürger mehr, der sich anhand von Berichten eine eigene Meinung bilden möchte, sondern einen Hilfsbedürftigen, den man zur «richtigen» Haltung im Leben hinführen müsse.

<b>Staatlich kontrolliertes Fernsehen</b>		<b>Verschweigen der kriegsähnlichen Zustände</b>	<p>Wikipedia schreibt: "In der Silvesternacht 2015/2016 kam es in Köln im Bereich von Hauptbahnhof und Dom zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen durch Gruppen junger Männer vornehmlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. In vielen Fällen wurden sowohl Sexual- als auch Eigentums- und Körperverletzungsdelikte verübt. Es wurden in der folgenden Zeit 1210 Strafanzeigen gestellt. Etwa die Hälfte betrafen auch Sexualdelikte. 290 Verdächtige konnten ermittelt werden, von denen 37 verurteilt wurden, davon sechs wegen sexueller Nötigung." Trotz des augenfällig konzertierten geplanten Kriegsangriffes gegen deutsche Frauen, deutschlandweit aber vor allem in Köln, verschweigen die Leitmedien in Zusammenarbeit mit der Regierung und der Polizei die Tatsachen. Erst Tage später kommen Teile der Wahrheit ans Tageslicht.</p>
<b>ARD</b>	<a href="#">Tagesschau</a>		<p>Die Tagesschau spielt in ihrer Unterschrift die Teilnehmerzahl einer migrationskritischen Demonstration in London stark herunter. Sie titelt "Zehntausende demonstrieren in London gegen Einwanderung". Dabei nehmen nach Polizeischätzung 110.000 Menschen, nach Schätzungen der Organisatoren über eine Million Menschen daran teil. Bei einer der Tagesschau genehmen Demonstration hätte das Lügenportal Tagesschau die Zahl sechste Dezimale der Zahl 100.000 auch im Titel gehabt.</p>

ARD	Tagesschau		Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck verbeugt sich vor seinem Gesprächspartner in Katar auf unterwürfige Weise. Die Tagesschau dreht das Bild, so dass Habeck auf Augenhöhe ist. Ein Skandal größer Güte. Denn Deutschland braucht nun katarisches Gas, da es einen Krieg mit Russland begonnen hat. Kanzler Olaf Scholz und sein Vizekanzler Habeck haben sich gegenüber RUS zu sehr aus dem Fenster gelehnt, RUS liefert DE nun bald kein Gas mehr, so die Aussicht. Habeck fährt geradezu bettelnd nach Doha. Der Scheich weiß, dass Habeck ihn braucht. Die ARD suggeriert, dass Deutschland aus einer starken Position heraus handelt. Die Wahrheit ist eine ganz andere. Die Tagesschau handelt hier nicht nur als Propagandaorgan der Bundesregierung, sondern produziert gefährlich manipulierende Fake News.
<a href="#">ARD</a>	Tagesschau		Die ARD manipuliert ihr in ihrem "Bericht aus Berlin" ihr Wahldiagramm zur aktuellen Stimmung und der aktuellen infratest-dimap-Umfrage. Das Diagramm zeigt die Zustimmungszahlen korrekt an, aber das Balkendiagramm für die AfD fällt kleiner aus als das von SPD und Grünen, obwohl die AfD mehr Zustimmung erhält. In den sozialen Medien bricht ein Sturm der Entrüstung aus. Natürlich hat die ARD dies absichtlich getan. AfD-Chefin Alice Weidel darauf: "Wenn man im ‚Bericht aus Berlin‘ schon die unliebsamen Zahlen nicht ändern kann, dann doch wenigstens die visuelle Darstellung".
<a href="#">ARD</a>	Tagesthemen		Rechtsanwalt Steinhöfel erwirkt mindestens zwei Einstweilige Verfügungen gegen die Tagesthemen bzw. deren Faktchecker, weil die Fakenchecks rechtswidrig waren. Steinhöfel sagt: "Das ist nicht demokratisch."

ARD			<p>Die Diktatur-Versteher-Journalisten des behördlichen Propaganda-Organs 'Tagesschau' nehmen indirekt schwarz gekleidete und selbsternannte Hilfsheriffs in Schutz, die Demonstranten bei ihrer Demonstrationsroute den Weg versperren. Im Sinne einer legitimen Nötigung argumentiert die Tagesschau im Artikel am 15.11.20 um 15Uhr21: "Wasserwerfer gegen Gegner der Corona-Leugner - In Frankfurt ist die Polizei mit Wasserwerfern gegen linke Gegendemonstranten einer "Querdenken"-Demo vorgegangen. Zudem setzten die Beamten vereinzelt Schlagstöcke ein. Die Gruppe, bei der unter anderem Antifa-Anhänger mitgingen, hatte den Demonstrationsweg der Corona-Gegner versperrt. <u>Daraufhin setzte die Polizei schweres Gerät ein, um den "Querdenkern" - die bewusst Hygieneauflagen ignorierten - den Weg frei zu machen.</u> Obwohl es eine Auflage für die Demo war, dass Masken getragen und Sicherheitsabstände eingehalten werden, hielt sich kaum jemand an die Vorgaben. Selbst die Ordner der Demo trugen keine Masken, wie auf Fotos zu sehen ist."</p> <p><i>Der Tenor ist folgender: Die Querdenker-Demonstranten trugen keine Masken. Die Polizei konnte sich nicht durchsetzen. Gut, dass es die Antifa gibt, die für Ordnung sorgten. Und die arme Bürgerwehr wurde dann auch noch von der Polizei mit dem Wasserwerfer bestraft.</i></p>
ARD			<p>Die Tagesschau verschweigt bewusst das bundesweit in mehreren Städten erfolgreiche Aktionswochenende am 12. und 13. Dezember 2014 des "Friedenswinters".</p>



ARD			<p>Rund vier Monate vor der Bundestagswahl 2021 bringt die ARD die Umfragezahlen gemäß infratest dimap (in %): Grüne 26, CDU 23, SPD 14, AfD 12, FDP 11, Linke 6, Rest 5. Es fehlen 3 Prozent, die die ARD unterschlägt. Wer auf den Webseiten von infratest dimap und wahlrecht.de nachschaut, findet die Lösung. 3% der Leute würden die Freien Wähler wählen. Dazu Klaus Kelle: "Da hat man sich bei der ARD wohl gedacht: Schon wieder so etwas schreckliches Bürgerliches, lassen wir das mal lieber weg, sonst kommen die Leute noch auf die Gedanken, dass man die wählen könnte als heimatloser Bürgerlicher."</p>
ARD		Kai Gniffke	<p>Der ehemalige Chef des Inlandsgeheimdienstes, Maaßen, stellt am 19.12.2019 bei Markus Lanz die Frage, welche Verbindung es zwischen der Tagesschau und der Antifa gibt. Zuvor hatte der Desinformationssender Tagesschau berichtet, in Chemnitz hätte es am 26.08.2018 Hetzjagden auf Ausländer gegeben. Als Beweis zeigte das ZDF ein "Video" der Antifa. Maaßen sagt explizit, dass die Tagesschau da systematisch Falschinformationen gestreut habe und dass eben (im Video ab Minute 0:31:53) genau das, nämlich Desinformation, auch ein Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes sei. Wurde der BfV-Präsident am Ende abgesägt, weil er die Desinformation der öffentlich-rechtlichen Sender aufgriff?</p>
<a href="#">ARD</a>			<p>Die Propagandashow des ersten deutschen Fernsehens hat laut einer Studie des Harvard Kennedy School's Shorenstein Center on Media, Politics und Public Policy 98 Prozent aller Meldungen über den US-Präsidenten Trump negativ dargestellt. Eine ausgewogene Berichterstattung sieht anders aus.</p>
<a href="#">ARD</a>		Tagesschau	<p>Die Zeitung <i>Junge Freiheit</i> entlarvt die denunzierende Fake-News-Berichterstattung von <i>SpiegelBildWeltZeitTagesschauFAZ</i>.</p>

ARD	<a href="#">Caren Miosga</a>	Tagesschau Sprecherin	Die ARD belügt die Zuschauer mit potenziell kriegs-vorbereitender Propaganda. Miosga berichtet in der Tagesschau betont, wie im Stadion von Donezk "zehntausende Menschen" für eine "vereinte Ukraine" demonstrieren. Die eindrucksvolle Medienanalyse von <i>Mainz FreeTV</i> (siehe Link nebenan) zeigt, wie der Staatssender ARD auf propagandistische Weise Lügen verbreitet: Das Video zeigt ein Stadion mit maximal vierhundert anwesenden Personen. Doch die ARD tönt zur besten Sendezeit: "...zehntausende Menschen, die massenhaft ihre Stimme gegen die Spaltung ihres Landes erheben". Propaganda in Reinkultur.
<a href="#">BBC</a>			Die USA unternehmen einen Staatsstreich in Venezuela und entführen deren Präsidenten Nicolas Maduro. Die BBC untersagt ihren Reportern, das Wort "entführt" zu verwenden. Der BBC-Nachrichtenredakteur Owen Jones gab diese interne Sprachanweisung an die Öffentlichkeit weiter. Jones setzt sich auch sonst für Menschenrechte ein.

<a href="#">BBC</a>	<b>BBC Media Action (BBCMA)</b>	<p>Geleakte Dokumente enthüllen, wie eine geheimnisumwitterte BBC-Einheit Mitarbeiter in ausländische Medienunternehmen einschleust, um den Informationsraum zu bestreiten und Verhaltensänderungen zugunsten der geopolitischen Ziele der britischen Regierung zu bewirken. Obwohl sich BBC Media Action (BBCMA) als internationale Wohltätigkeitsorganisation des britischen Staatsrundfunks darstellt, zeigen die Unterlagen, dass die Gruppe mit staatlichen Mitteln häufig politisch brisante Projekte im Ausland durchführt. Darüber hinaus nutzt die Gruppe bei der Akquise von Aufträgen von Geldgebern, darunter das Außenministerium, das mit dem Geheimdienst MI6 zusammenarbeitet, konsequent den Ruf der BBC und ihre engen Verbindungen zum britischen Staatsfernsehen. Das Projektdesign der Organisation basiert auf Psychologie, Sozialpsychologie, Soziologie, Pädagogik und Kommunikation sowie der Berücksichtigung spezifischer Faktoren, die durch Medien und Kommunikation beeinflusst werden können und zu Veränderungen im Verhalten, in sozialen Normen und Systemen in anderen Ländern führen könnten. Das heißt, die BBCMA befasst sich mit psychologischer Kriegsführung, der Verzerrung von Wahrnehmungen und der Beeinflussung des Handelns der Zielgruppen. Man denkt sofort an Shadowbanning von Facebook.</p>
---------------------	---------------------------------	---

BBC	<a href="#">Gerald Watrous</a>	Chef des BBC West Africa Service	<p>1967 spielt das britische Staatsfernsehen eine ihrer seit Jahrzehnten üblen Rollen, in dem es diesmal der britischen Kolonialregierung hilft, die britische Mithilfe beim Völkermord in Biafra/Nigeria nicht nur gutzureden, sondern auch entscheidende öffentlichkeitswirksame Lügen zu verbreiten, die Sympathie für den britisch-unterstützten Völkermord erwecken. Viele Jahre später stellt sich raus, wie die BBC-Spitze (hier: Gerald Watrous, head of the BBC's West Africa Service) mit der Regierungseinheit 'Commonwealth Relations Office (CRO)' verbunden ist. Watrous entsendet den Reporter Frederick Forsyth nach Nigeria und unterweist ihn zuvor "ausführlich". In Nigeria angekommen, stellt Forsyth fest, dass die Weisungen und Informationen in London völliger Unsinn war. De facto erzählt Forsyth, wie der rassistische Kolonialchef der Briten in Nigeria sich beim BBC beschwert, der Reporter habe die Unwahrheit berichtet, und hätte deshalb eine "pro-rebellische Voreingenommenheit". Die BBC und der Rassist wollten, dass der Reporter über den Vormarsch der Regierung berichtet, wohingegen die Sachlage aber anders war, denn die Regierungstruppen waren eher in der Defensive. Das Staatsfernsehen gehorcht dem Rassisten und beordert ihren Reporter zurück nach London. Der Fall erinnert an den Ukrainekrieg, in dem deutsche Medien ihre Reporter lieben von der Front abziehen und nach Deutschland zurück beordern, sie könnten ja vor Ort mitbekommen, welche Massaker der Ukraine anzulasten sind. Der Rassist war übrigens John Hunt, der Führer derjenigen Mount Everest-Expedition ein paar Jahre zuvor, bei der nicht er es als Auserwählten als erster auf den Gipfel schaffte, sondern seine Expeditions-genossen Edmund Hillary und Tenzing Norgay, siehe auch hier <a href="https://www.telepolis.de/features/Expedition-zum-Mount-Everest-Zwei-Mann-sicher-zum-Gipfel-bringen-9584547.html">https://www.telepolis.de/features/Expedition-zum-Mount-Everest-Zwei-Mann-sicher-zum-Gipfel-bringen-9584547.html</a></p>
-----	--------------------------------	----------------------------------	--

<a href="#">MDR</a>			Der MDR stoppt Veröffentlichung seiner Dokumentation über die ersten AfD-Stammtische und Parteiveranstaltungen in Leipzig. Obwohl die Reportage ganz klar gesendet werden sollte (sie kostete ja viel Geld), begründete der zuständige Redakteur das Einstampfen damit, dass sein Chef ihm gesagt habe, die fertige Reportage sei "nicht braun genug". Frauke Petry: "Da gab es die AfD gerade einmal drei Wochen und schon damals war klar, wo man sie hinstellen wollte - und das war der öffentlich-rechtliche Rundfunk."
<a href="#">NDR</a>	<a href="#">Julia Stein</a>	<b>Abteilungsleiterin Ressort Politik &amp; Recherche</b>	Interne Verhöre, Abmahnung, Versetzung: Eine Gerichtsakte zeigt, wie der NDR mit einem Mitarbeiter umging, der die Senderleitung kritisiert hatte. Business Insider berichtet, der NDR hausintern kritische für ihn arbeitende Journalisten deckelt. Eine gewichtige Rolle spielt eine Mitarbeiterin des NDR mit viel Einfluss, Julia Stein.
<a href="#">NDR</a>	<b>Constantin Schreiber</b>	<b>Moderator von zapp am 11.11.2020</b>	Schreiber vergleicht rechtswidrig handelnde Polizisten aus Mecklenburg-Vorpommern mit Menschen, die sich nicht wehren können. Dabei hatte die Polizei vier Demonstranten mit mehr als 10 Streifenwagen aufgehalten, sofort in Gewahrsam genommen und über die Grenze in ein anderes Bundesland gefahren. Dem mitreisenden Anwalt nahmen sie sogar widerrechtlich das Handy ab. Schreiber und der NDR machen damit wieder einmal Werbung für einen rechtswidrigen Polizeistaat und treten die Demokratie mit Füßen.

<a href="#">NDR</a>			<p>In Kiel wird die Stadtautobahn B76 mit einer Sitzblockade von jungen Leuten blockiert. Pendler werden auf Stunden am Weiterfahren gehindert. Der NDR veröffentlicht die Meinung aller Landtagsfraktionen - außer der AfD. Und dies, obwohl die AfD zwei Pressemitteilungen zur Thematik veröffentlicht hatte. Die Fraktion stellt fest, dass die Demoteilnehmer zum Teil linksextremistisch organisiert sind. Das selektive Wegschneiden von kritischen Kommentaren einer Landtagspartei zeigt, wie stark der NDR in der Kategorie "Lügenpresse" verortet ist. Und es zeigt, wie groß die Probleme des öffentlichen Senders mit der Demokratie gediegen sind. <i>analogo.de</i> meint: Hier zeigt sich das Kernproblem zwischen Medien und der AfD. Der NDR macht den Artikel so auf, dass es viele kritisierende Leserkommentare provoziert. Durch das beabsichtigte Weglassen des kritischen Politkommentars erhält der Beitrag mehr Aufmerksamkeit, als wenn der NDR die Kritik der AfD erwähnt hätte. Durch gezielte provokante Berichterstattung, nämlich so zu tun, als ob es an der Demo keine echte Kritik gibt, überträgt der Sender die Kritik an die wütenden Leser, die gleichzeitig das Vertrauen in die Politik verlieren. Denn sie denken, dass sich keine Partei an den Umständen stört. Dabei waren es die Medien, die diesen Eindruck erzeugt haben.</p>
rbb			<p>Ken Jebsen erklärt, dass der rbb ihm seine Show wegnahm, weil er zu kritisch war. Und das wollte man im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht.</p>

<a href="#">SWR</a>	<p><b>Claus Harnischdörfer</b></p> <p><b>Thomas Reutter</b></p>	<p><b>Autor und Redakteur des ARD-Films „Im Netz der Lügen – Der Kampf gegen Fake News“</b></p>	<p>In einer ARD-Reportage vom 31.07.2017 über Fake News reißen Reutter und Harnischdörfer die Kritik des Fundamentalislam-Kritikers Imad Karim aus dem Zusammenhang und stellen ihn so als Menschenfeind und Feind des Islams dar. Die beiden Filmemacher begehen mit ihrem Werk selber die Tat, die sie anderen vorwerfen. Der nervlich am Ende befindliche Karim erzeugt mit einem Youtube-Film Gegenöffentlichkeit und entlarvt die ARD.</p> <p>SWR zeigt Karim lediglich mit Aussage: "Der Islam gehört nicht und wird niemals zu Deutschland gehören."</p> <p>Tatsächlich sagte Karim aber: "Der Islam gehört nicht und wird niemals zu Deutschland gehören. Denn zum Islam gehört die Scharia, und die Scharia gehört nicht zu Deutschland. Aber Menschen, egal welchen kulturellen Hintergrund sie haben, die säkular aufgestellt sind, die die Scharia negieren, und sich unserem Grundgesetz gegenüber verpflichtet fühlen, gehören unbedingt zu Deutschland."</p> <p>Man kann Karim verstehen, dass er meint, dass der SWR aus seiner Person ein Feindbild konstruierte. Genau so kommt der Film rüber.</p> <p>Harnischdörfer und Reutter untermauern ihre geradezu rufschädigende Thesen mit abstrusen Begründungen, warum Facebook für drei Tage das Profil von Karim löschte. Sie schenken dem sektenartigen US-Unternehmen mehr Vertrauen, obwohl es keine juristische Expertise mit sich bringt, die eine Löschung von Profilen rechtfertigt. Facebook spielt sich als Richter auf, also als judikative Säule, und tut dies aufgrund rechtswidriger Androhungen der Exekutive (CDU/CSU/SPD) mit Strafzahlungen.</p>
---------------------	---	---	--

<a href="#">SWR</a>	Peter Boudgoust	Intendant	Kurz vor der letzten Bundestagswahl 2013 befragte der SWR-Rundfunk die Spitzenkandidaten von Rheinland-Pfalz in der Mainzer Phönixhalle und strahlte die Sendung in einer Aufzeichnung auf. Neben dem üblichen Beifall zu politischen Positionen erhielt die Spitzenabgeordnete der CDU Buhrufe für ihre Aussage, es sei der CDU zu verdanken, dass es heute weniger Atomkraft gebe als früher. Der SWR veröffentlichte die Debatte, schnitt dabei aber die Buhrufe gegen Frau Böhmer heraus. Der Internet-Benutzer konnte also ausschließliches Klatschen vernehmen. Der SWR nahm die Aufzeichnung von seiner Homepage, nachdem beim Intendanten Peter Boudgoust Beschwerden eingegangen waren. Die anderen Aufzeichnungen zu anderen Wahlbefragungen waren noch Monate später online zu lesen. Die potemkinschen Dörfer der Meinungsmache des SWR.
<a href="#">SWR</a>	Birgitta Weber	HA-Chefredaktion des SWR-Fernsehens, Mainz	Als Kuratoriumsmitglied der Universität Koblenz-Landau wurde Frau Weber aus der Studierendenschaft gebeten, über die harschen Zensuraktionen der Universität gegenüber Studierendenvertretern zu berichten. Aber ihre Sekretärin schottete Frau Weber sehr effektiv ab. Frau Weber wollte offenbar nicht kritisch berichten. Ihr Verschweigen und Nicht-Bericht über den Skandal verdeutlicht die Machtstellung von Medienvertretern in der Gesellschaft.
<a href="#">SWR</a>	Birgitta Weber	Kuratorium der Universität Koblenz-Landau, Mainz	Als Kuratoriumsmitglied der Universität Koblenz-Landau wurde Frau Weber aus der Studierendenschaft gebeten, über die harschen Zensuraktionen der Universität gegenüber Studierendenvertretern zu berichten. Aber ihre Sekretärin schottete Frau Weber sehr effektiv ab. Frau Weber wollte offenbar nicht kritisch berichten. Ihr Verschweigen und Nicht-Bericht über den Skandal verdeutlicht die Machtstellung von Medienvertretern in der Gesellschaft.



<a href="#">WDR</a>			Als WDR-Journalistin Claudia Zimmermann in einer Radiosendung erklärt, die öffentlich-rechtlichen Medien seien „angewiesen, während der Flüchtlingskrise PRO Regierung zu berichten, erhält die feste Freie Mitarbeiterin des WDR Zimmermann keine Aufträge ihres Arbeitgebers mehr.
---------------------	--	--	--

ZDF	<a href="#">Jan Böhmermann</a>	Moderator der Sendung "ZDF Magazin Royale"	<p>Medienanwalt Joachim Steinhöfel reicht beim ZDF eine förmliche Programmbeschwerde ein, weil Jan Böhmermann in seiner Sendung unter Verwendung von Persönlichkeitsverletzungen den Ruf und die berufliche Existenz von Arne Schönbohm, dem ehemaligen Leiter des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertörte. Steinhöfel wörtlich in der Beschwerde:</p> <p>"[...] Durch die Ausstrahlung der Sendung im Programm des ZDF sowie die anhaltende Verbreitung der Sendung in der ZDF-Mediathek verstößt das ZDF gegen die Programmgrundsätze des § 6 ZDF-Staatsvertrages (ZDF-StV) in Verbindung § 51 Medienstaatsvertrag (MedienStV). Nach § 6 ZDF-StV gelten für das ZDF die Programmgrundsätze des MedienStV. Nach § 51 des MedienStV haben Rundfunkprogramme die verfassungsmäßige Ordnung zu achten, die Vorschriften der allgemeinen Gesetze sowie die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der persönlichen Ehre einzuhalten. Die Verbreitung unwahrer Tatsachenbehauptungen verstößt gegen den durch §§ 823 Abs. 1, Abs. 2, 1004 BGB in Verbindung mit Art. 2 Abs. 1, 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG) verfassungsrechtlich verbürgten Schutz des Persönlichkeitsrechts. Die Aufstellung oder Verbreitung von Behauptungen, die geeignet sind, eine Person verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, ist im Übrigen auch strafbar (§ 186 StGB), wenn die behaupteten Tatsachen nicht erweislich wahr sind. Die andauernde Verbreitung der Sendung „ZDF Magazin Royale“ vom 7. Oktober 2022 in der ZDF-Mediathek verletzt daher auch fortgesetzt die Strafvorschrift des § 168 StG.* [...] "* Zahlendreher: § 168 StGB ist Störung der Totenruhe, richtig ist natürlich, wie weiter oben im Text erwähnt, § 186 StGB (Üble Nachrede). Wobei nicht auszuschließen ist, dass die Programmbeschwerde in Mainz als Störung der dortigen Totenruhe erachtet wird."</p>
-----	--------------------------------	--	--

ZDF		Verschweigung der kriegsähnlichen Zustände im <i>heute journal</i>	<p>Wikipedia schreibt: "In der Silvesternacht 2015/2016 kam es in Köln im Bereich von Hauptbahnhof und Dom zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen durch Gruppen junger Männer vornehmlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. In vielen Fällen wurden sowohl Sexual- als auch Eigentums- und Körperverletzungsdelikte verübt. Es wurden in der folgenden Zeit 1210 Strafanzeigen gestellt. Etwa die Hälfte betrafen auch Sexualdelikte. 290 Verdächtige konnten ermittelt werden, von denen 37 verurteilt wurden, davon sechs wegen sexueller Nötigung."</p> <p>Trotz des augenfällig konzertierten geplanten Kriegsangriffes gegen deutsche Frauen desinformiert das ZDF in seiner Sendung am 04.01.2016 die Tatsachen durch Verschweigen. Keine Erwähnung, wenngleich die Botschaft durch weltweite Medien bereits im Umlauf war. Die Tagesschau der ARD berichtet aber am selben Tag um 20 Uhr. Aber vier Tage nach den Ereignissen: Viel zu spät.</p>
<a href="#">ZDF</a>	Thomas Walde	Interviewer des ZDF	<p>Das ZDF präsentiert reine Fake News, und manipuliert ihr Sommerinterview mit Sahra Wagenknecht durch unverantwortlichen Schnitt und rhetorische Fragen. Das ZDF berichtet Sahra Wagenknecht "greife mit scharfen Worten das Russland-Engagement von Ex-Kanzler Schröder an. Wagenknecht hätte im ZDF-Sommerinterview gesagt seine geplante Tätigkeit für Rosneft sei „pervers“.</p> <p>Tatsächlich sagte Wagenknecht aber: "Ich finde es pervers, dass Politiker sich nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Politik dann in der Wirtschaft verdingen, dann ihre Adressbücher versilbern und Lobbyarbeit machen. Ich finde das übel und so diskreditiert man auch die Demokratie“.</p> <p>Wagenknecht kritisiert also alle Politiker, die solches tun, auch etwa den ehemaligen Kanzleramtsminister Pofalla. Das ZDF reduziert aber ihre Aussage auf die Botschaft einer Russlandkritik.</p>

<a href="#">ZDF</a>	Thomas Walde	Interviewer des ZDF	Das ZDF präsentiert reine Fake News. Einer der schlechtesten Journalisten mit starkem Einfluss in Deutschland, Thomas Walde, stellt AfD-Chef Alexander Gauland Fragen, die keine Fragen sind, sondern maximal dazu geeignet sind, in der Antwort die eigene Weltanschauung des Interviewers und des Staatssenders ZDF bestätigt zu bekommen. Wie zuvor im Sommerinterview mit Sahra Wagenknecht redet Walde dem gerade Antwortenden äußerst unangenehm ins Wort. Walde verhindert als Fernsehinterviewer auf diese Weise, dass der Zuschauer auch Antworten hören kann. Der Medienkritiker Bodo Schickentanz nennt Walde für seine Arbeit Pissnelke und Vollpenner, woraufhin das ZDF bzw. 3sat seinem langjährigen Mitarbeiter Schickentanz am 26.06.2018 kündigt. Schickentanz wurde nach 22 Arbeitsjahren für das ZDF auf die Straße gesetzt, weil er einen Kollegen beleidigte und dem ZDF vorwarf zu manipulieren.
ZDF	Thomas Münten	ZDF-Journalist	Münten twittert, wie sehr er das von ihm beobachtete Abreißen eines AfD-Plakates begrüßt. Münten begrüßt eine Straftat, twittert diese Sympathiebekundung auch noch. Man kann sich vorstellen, wie die journalistische Arbeit des vom ZDF hochbezahlten Herrn Münten aussieht.
ZDF	Oliver Welke	heute show Moderator	Die heute show ist keine Witzsendung, sondern Erziehungsfernsehen - Steinhöfel bei Friedrich.

<a href="#">ZDF</a>		<b>ZDF Studio London</b>	<p>Nach der "Brexitwahl" am 13.12.2019 verkündet das deutsche Leitmedium ZDF, dass die GRÜNEN in Großbritannien um 60 Prozent zugelegt haben, und dass sie damit das beste Ergebnis im Vergleich zu allen anderen Parteien erzielten. Trotzdem habe es nur eine grüne Abgeordnete ins Parlament geschafft: <a href="https://twitter.com/ZDFLondon/status/1205412886224474113?s=19">https://twitter.com/ZDFLondon/status/1205412886224474113?s=19</a>.</p> <p>Der Politiker Marcus Pretzell stellte den Fauxpas des ZDF richtig: "Ich versuche es mal sachlich: Grüne von 1,6 auf 2,7%. Brexit-Party von 0 auf 2,0%." Prof. Dr. Thomas K. Bauer und Sabine Weiler von der Universität Essen schreiben in ihrer Unstatistik des Monats, so mache man aus einer statistischen Mücke einen Elefanten. Und korrigieren das ZDF, dass die GRÜNEN nicht das beste Ergebnis im Vergleich zu allen anderen Parteien erzielt hätten, sondern dass die Konservative Partei gewonnen habe (Anmerkung der Redaktion: Die absolute Mehrheit). Nach viel Kritik löschte das ZDF den Tweet.</p>
<a href="#">ZDF</a>		<b>heute Nachrichten</b>	<p>Nach der "Brexitwahl" am 13.12.2019 verkündet das deutsche Leitmedium ZDF, dass die GRÜNEN in Großbritannien um 60 Prozent zugelegt haben, und dass sie damit das beste Ergebnis im Vergleich zu allen anderen Parteien erzielten. Trotzdem habe es nur eine grüne Abgeordnete ins Parlament geschafft: <a href="https://twitter.com/ZDFLondon/status/1205412886224474113?s=19">https://twitter.com/ZDFLondon/status/1205412886224474113?s=19</a>.</p> <p>Der Politiker Marcus Pretzell stellte den Fauxpas des ZDF richtig: "Ich versuche es mal sachlich: Grüne von 1,6 auf 2,7%. Brexit-Party von 0 auf 2,0%." Prof. Dr. Thomas K. Bauer und Sabine Weiler von der Universität Essen schreiben in ihrer Unstatistik des Monats, so mache man aus einer statistischen Mücke einen Elefanten. Und korrigieren das ZDF, dass die GRÜNEN nicht das beste Ergebnis im Vergleich zu allen anderen Parteien erzielt hätten, sondern dass die Konservative Partei gewonnen habe (Anmerkung der Redaktion: Die absolute Mehrheit). Nach viel Kritik löschte das ZDF den Tweet.</p>

<a href="#">ZDF</a>	Alexander von Sobeck	Athen-Korrespondent des ZDF	In den heute-Nachrichten zeigt das ZDF Bilder einer Athener Demonstration, und Sobeck berichtet, es handele sich um Griechen, die im Euro bleiben wollen und somit für das JA demonstrieren. Es ist eine Lüge des Staats-Propaganda-Senders. Die Berichte der BBC, von RT und Griechen vor Ort beweisen, dass es zwei gegensätzliche Demos gab: Eine für JA und eine für NEIN.
<a href="#">ZDF</a>			Der Blogger Fefe berichtet, wie ein vom ZDF beauftragter Filmemacher einen arbeitslosen Russen für die Aussage bezahlt haben soll, dass sich russische Soldaten in der Ostukraine befinden. Der Sender weist das vehement zurück. Fefe: "Das russische Fernsehen hat "Igor" wohl gefunden und als Trophäe präsentiert. Man kann ja viel über die Russen sagen, aber wenn die eine Trophäe präsentieren, dann hat normalerweise das schon Hand und Fuß. Woher wissen wir denn, dass es sich um den selben Igor handelt, wenn das ZDF das Gesicht verpixelt hat? Nun, daran, dass es sich bei Igor und Jurij um ein und denselben Mann handelt, besteht kein Zweifel. Der russische Sender zeigt die Aufnahmen des ZDF allerdings unbearbeitet, ohne verpixelt Gesicht. Und er zeigt Momente vor und nach den Aufnahmen, die das ZDF ausstrahlte. Ooooooh, schweres Faul, liebes ZDF. Das ist euer Hitlertagebücher-Moment. Nehmt schon mal im dunklen Keller neben dem "Stern" Platz. Krasse Scheiße."
ZDF			Bahnstreik 2015: Nur wenige Sender brachten Interviews von Leuten, die den Streik gut finden, einfach weil die Bahn der Gewerkschaft ihre demokratischen Rechte nehmen wollte. Das <i>heute-journal</i> hatten sich auf Kritik eingeschossen, und verloren dadurch enorm an Objektivität. Die Bahn mit ihren Aktionen wurde kaum kritisiert.

<a href="#">ZDF</a>			Der ZDF-Journalist Wolfgang Herles bekundet in der Sendung Medienquartett im Deutschlandfunk, beim ZDF gebe es Anweisungen von oben, was den Trend der Berichterstattung betrifft. Man berichte nicht, was tatsächlich ist. Dies beziehe sich derzeit auf die Flüchtlingspolitik (FLÜPO), und in der Vergangenheit war eine Berichterstattung PRO Europa und Wiedervereinigung vorgeschrieben. Herles ergänzt: "... und da braucht er in Klammern gar nicht mehr dazusagen: Wie es der Frau Merkel gefällt...".
ZDF			Warum hat die <i>heute-show</i> einen solchen Erfolg? Weil dort Journalismus auf eine Weise betrieben wird, die sich hinter Satire verstecken muss, weil sie sonst womöglich unter das Strafrecht fallen würde. Aber auf diese Weise fühlen sich die Journalisten des Senders sicher, um das sagen zu dürfen, was gesagt werden muss.
ZDF	<a href="#">Thomas Bellut</a>	Intendant	Wie im Politbüro der DDR nimmt der Intendant des ZDF auf politischen Druck hin Jan Böhmermanns Video aus dem Internet und entschuldigt sich beim türkischen Botschafter. Er bedauert, dass man dem türkischen Präsidenten satirisch zu nahe getreten sei. Zuvor äußerte Bundeskanzlerin Merkel ihre Missbilligung. Jan Fleischhauer vom Spiegel: "Das Problem ist eine Leitung, die es gewohnt ist, sich politischem Druck zu beugen."
Radio			

<a href="#">Deutsche Welle</a>	Heiner Kiesel	Redakteur	Die Deutsche Welle schreibt den übelsten Propaganda-Bericht seit langem: Die CDU sei die Alternative zur Alternative für Deutschland (AfD). Dabei wurde die AfD erst gegründet, weil CDU/CSU andauernd davon reden, es gäbe zur Politik von CDU/CSU keine Alternative.
Deutsche Welle	<a href="#">Danhong Zhang</a>	Übersetzerin	"Dass die Wahrheit immer das erste Opfer im Krieg ist, lernte ich erst im Lauf der Zeit. Ich ahnte nicht, dass ich mich gleich am Anfang meiner journalistischen Laufbahn an der Verbreitung von Fake News beteiligt hatte. Es ging um die sogenannte »Brutkastenlüge«. Viele Medien berichteten, dass irakische Soldaten bei der Invasion Kuwaits im August 1990 kuwaitische Frühgeborene getötet hätten, indem sie diese aus ihren Brutkästen gerissen und auf dem Boden hätten sterben lassen. Dies wurde 1990 von Nayirah al-Sabah vor dem Kongress der Vereinigten Staaten vorgetragen, die als Krankenschwester vorgestellt wurde. Das wurde vom damaligen US-Präsidenten George H. W. Bush Sr. und von Menschenrechtsorganisationen vielfach zitiert und beeinflusste die Debatte über das militärische Eingreifen zugunsten Kuwaits. Erst nach der US-geführten militärischen Intervention zur Befreiung des Emirats stellte sich die Geschichte als Erfindung der amerikanischen PR-Agentur Hill & Knowlton heraus. Nayirah al-Sabah war nicht einmal Krankenschwester, sie war die Tochter des kuwaitischen Botschafters."
Deutschlandradio			Am 15. März 2019 bringt der Deutschlandfunk in seinen Morgennachrichten die Nachricht, dass deutschlandweit Schüler in den "Klimastreik" treten. Da Schüler aber kein Streikrecht haben, sondern der Schulpflicht nachzukommen haben, verbreitet der Staatssender eine Lüge. Nur weil fast die gesamte Medienlandschaft in Deutschland vom Begriff Klimastreik spricht, wird es zu keinem Streik. Den jämmerlichen Redakteuren des DLF ist bewusst, was sie tun. Sie reiten auf der Welle des Gesinnungsstaates mit, der verurteilt, was die Ministerien nicht dulden, und gut heißt, was die Ministerien für gut befinden. Dazu gehört offensichtlich.



<b>NDR</b>	<b>Anke Harnack</b>		In einem als Interview auf NDR 90,3 am 10.10.2019 um 14Uhr11 unterstellt Anke Harnack dem ehemaligem Umweltsenator Hamburgs, Fritz Vahrenholt: "Das muss man an dieser Stelle ganz deutlich sagen, dass Sie ein Klimaleugner sind." Harnacks Urteil schien bereits vor dem Interview festzustehen. Anstatt den Zuhörern zu ermöglichen, sich durch professionelle Fragetechnik ein Urteil über die Aussagen Herrn Vahrenholts zu bilden, stellt der Staatssender das Attribut heraus. Mehr bewusste Manipulation geht kaum.
<b>SWR1</b>	<b>Eva Ellermann</b>	<b>Ellermann in einem "Kollegengespräch" mit einem Reporter</b>	Das Bürger-Informationsnetzwerk gegen mediale Desinformation beobachtet eine Gülle-Kampagne des Radiosenders SWR1, und erklärt das Vorgehen wie folgt: Das geht ganz einfach: Gibt es eine Gruppe von Menschen, die etwas tut oder denkt, was Du nicht magst, bezeichne sie einfach in einem Artikel, einem Rundfunkbeitrag oder einer Talkshow als Verschwörungstheoretiker, Antiseminten, Impf-Esoteriker, Rechte, Linke, Neonazis, Reichsbürger, Pegida-Anhänger, AfD-Mitglieder, Aluhüte o.ä., und schon werden diese Menschen von unkritischen Medienkonsumenten als nicht ernstzunehmende, vielleicht sogar kriminelle Deppen wahrgenommen. So läuft es und so wird es ständig praktiziert. Wer es nicht glaubt, schaut einfach, wie die Berichterstattung über die Demonstrationen des Wochenendes 09.05.20/10.05.20 in den Mainstream-Medien aussieht. Für den kritischen Medienkonsumenten ist der von den Mainstream-Medien aufgedrückte Stempel "Verschwörungstheoretiker, o.ä." mittlerweile eine Motivation geworden, die versteckten Absichten des Autoren um so kritischer zu hinterfragen.

SWR1			SWR holt sich zwar über Interviews eine flächendeckende Meinung der Bevölkerung über aktuelle Ereignisse ein, sendet aber als Auswahl diejenigen Meinungen, die der Meinung der Redaktion entsprechen. Beispiel: Uli Hoeness tritt im November 2016 zur Wiederwahl als Präsident des FC Bayern an. Was denken Sie darüber? SWR1 sendet die Aussagen von 5 Befürwortern und 1 Kritiker. Welche Meinung propagandiert da wohl der Propaganda-Kanal von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg als repräsentative Meinung? Hintergrund: Hoeness saß im Gefängnis, da er dem Staat viele Millionen Steuergelder unterschlug. Von Angela Merkel bis zum SWR1 werden seine Taten verniedlicht und kategorisch rein gewaschen. Hoeness genoß nicht nur Hafterleichterungen, sondern der Prominentenbonus verringerte auch die Dauer seiner Gefängnisstrafe. Deutschlands große Medienhäuser beweisen auch hier, dass sie mit den Großen in einer Liga spielen und der "Bruderkrähe" kein Auge aushacken.
<b>Journalisten</b>			
Alpha-Journalisten			Sind nicht selten korrupt.
<a href="#">Correctiv</a>	Till Eckert Cristina Helberg Tania Röttger		Correctiv lügt am Stück, als das Portal angeblicher Qualitätsjournalisten über das alternative Portal 'jouwatch' schreibt. Hier die Antwort von jouwatch, was alles gelogen ist: <a href="https://www.journalistenwatch.com/2019/05/27/__trashed-97/">https://www.journalistenwatch.com/2019/05/27/__trashed-97/</a>
Kritische Journalisten			Kritische Journalisten wie Udo Ulfkotte werden nicht in die Talkshows von ZDF und ARD eingeladen.

<b>Rhetorik</b>			
		<b>Verniedlichung der Begebenheiten</b>	Wenn Journalisten von Luftschlägen berichten, anstatt von den tatsächlich passierenden Bombardierungen.
<b>Internet</b>			
<b>Facebook</b>			Nutzt das die Realität verändernde Mittel des Shadowbannings.
<a href="#"><u>T-Online</u></a>	<b>Sandra Simonsen und Melanie Weiner</b>		T-Online diskreditiert die Wissenschaftler Sucharit Bhakdi und Karina Reiss. Behauptung: "Die Universität Kiel hat im August eine Stellungnahme zu dem Buch abgegeben. Die "überwältigende Mehrheit" der Hochschullehrer der Universität widersprechen den "unbelegten und im Gegensatz zu seriösen internationalen wissenschaftlichen Erkenntnissen stehenden Behauptungen" von Reiß und Bhakdi zur Corona-Pandemie. Das Buch sei wissenschaftlich nicht haltbar." Falsch. Richtig wäre: "Die medizinische Fakultät der Universität Kiel hat im August ..." und "Die überwältigende Mehrheit der Hochschullehrer der Medizinischen Fakultät der Universität Kiel widersprechen ...". Die Professoren Bhakdi und Reiss haben wunderbar dargelegt, wie die hier unterschreibenden der Fakultät davon profitieren, die beiden schlecht zu machen, und genau DESWEGEN Forschungsgelder zu erhalten.

<a href="#">T-Online</a>	Lars Wienand	t-online Redakteur	T-Online diskreditiert den Journalisten Patrik Baab. Infosperber berichtet, man würde fast nichts darüber erfahren, wie stark der Krieg in der Ukraine die Menschen in russisch besetzten Gebieten trifft. Ein deutscher Journalist hätte sich dorthin gewagt. Erst warfen ihm Hochschulen und Medien vor, er habe mit seiner blossen Anwesenheit Putins Angriffskrieg legitimiert. Baab berichtet von einer gezielten Denunzierungskampagne gegen ihn seitens der Online-Seite t-online.de (sprich der Deutschen Telekom) und der Hochschulen der Universität Kiel und die Hochschule für Medien und Kommunikation in Berlin, an denen Baab Lehraufträge innehatte. Beide Hochschulen strichen ihm die Gelder. Als Baab gegen die Uni Kiel klagte, verlor die Universität.
Twitter (seit 2023 X)			Twitter will kritische Tweets zur Corona-Pandemie, die im Widerspruch zu den Anweisungen öffentlicher Gesundheitsexperten in Bezug auf Covid-19 stehen, markieren und ggfls löschen. Komplettes Factchecking der Nachrichten will die Plattform jedoch nicht übernehmen.
<a href="#">Wikipedia</a>			Wikipedia löscht durch Oversighter zahllose Einträge, da Kontroversen nicht in die Wikipedia gehören. Einträge werden häufig von Pseudonymen verfasst und Löschungen sind sehr häufig nicht mehr nachzuvollziehen.
<a href="#">Wikipedia</a>			Der Großblogger und Computerexperte Felix von Leitner wird in Wikipedia politisch auf eine negative Weise dargestellt, wie es Wikipedia will. Hintergrund: FvL kritisiert mangelnde Transparenz, Qualität und Machenschaften der Lexikonbetreiber.

YouTube			<p>Während der diktatorischen Zeiten in den Jahren 2020 bis 2022 machte YouTube in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen zur Bedingung, man dürfe zum Thema Corona/Covid nichts auf deren Plattform posten, was den Verlautbarungen der WHO oder staatlichen Stellen wie dem Paul-Ehrlich-Institut steht. Erlaubt war also nur das, was der Staat erlaubt. Damit verstieß YouTube gegen Art. 55 des Grundgesetzes, also dem Recht auf Informationsfreiheit, Pressefreiheit und Meinungsfreiheit.</p>